

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger
Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich
4.20 Mark, durch die Post 4.05 Mark
ausgeschlossen. Zustellungsgebühren, Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im
amtlichen Zeitungsergebnis unter
Saale-Zeitung eingetragen. Für un-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Saale-Zeitung“ gestattet.
Satzung der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Einstellung Nr. 1142,
der Bezugs-Einstellung Nr. 1133;
Postbescheid Leipzig Nr. 4609.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werd. d. 7. 1/2 Spalt. 38 mm dr. Kolonnen-
breite 60. Der Raum mit 30 Pf. u.
10% Zuschlag berechnet und in auf-
Finanzstellen u. allen Anzeigen-
geschäften angekauft. Kleinanzeigen 75 mm
breite Zeile 1 Mt. u. 10% Zuschl.
Anzeigen - Annahmeschluss vorm.
11 Uhr, für die Sonntags- u. abg. 6
Uhr. Abbestellungen, soweit zu-
lässig, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsort: Halle. Erscheint
tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Christ-
fest u. Haupt-Feiertage: Halle,
Neue Promenade 19, St. Braun-
hofsstr. 17. Neben-Geschäftsstell.:
Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 282.

Halle, Mittwoch, den 19. Juni.

1918.

Friedenskundgebung der Pariser Kammer.

französischer Vorstoß im Walde von Villers-Cotterets gescheitert. — Die Beschießung der feindlichen Anlagen bei Reims. — 23 feindliche Flugzeuge und 3 Fesselballone abgeschossen.

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 19. Juni.
Weltlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Kege Erkundungstätigkeit der Infanterie. Teilangriffe des Feindes am Noye-Walde und nordöstlich von Béthune wurden abgewiesen. Der Wetterleuchturm lebte nur in wenigen Nächten auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Südwestlich von Dommeur scheiterte am frühen Morgen der Angriff französischer Regimenter im Nordteil des Waldes von Villers-Cotterets. Am Tage mehrfach wiederholter Artilleriebrüche unter stichlich von Montgobert vor-
springende Stie etwas in das Innere des Waldes vor-
drang. Im Eligon - Abschnitt nordwestlich von Chateau-Thierry
stießen mehrere feindliche Kompagnien zum Angriff vor. Sie
wurden von unseren Vorposten abgewiesen.
Artillerie und Minenwerfer belegten mit starken Feuer-
überfällen die feindlichen Anlagen bei Reims. Nachstehende
Infanterie-Abteilungen brachten etwa 50 Gefangene ein.
Gelesen wurden 23 feindliche Flugzeuge und drei Fessel-
ballone abgeschossen.

Sauptmann Berthold erlangt seinen 35. Geburtstag
Belgien seinen 22. Lufttag.

Der Erste Generalquartiermeister: **Preußner**.

24 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 18. Juni. (Amtlich.) Im Sperrgebiet des
Mittelmeeres versenkten unsere U-Boote 6 Dampfer
und 4 Segler von zusammen

24 000 B.-M.T.

Der Chef des Admiralgabes der Marine.

Näheres über die Versenkung eines feindlichen Truppentransporters.

Ueber die kürzlich vor einem italienischen Hafen erfolgte
Versenkung eines durch Zerstörer gesicherten Fahrzeuges, das
als **Transporter** erkannt werden konnte,
berichtet der U-Boot-Kommandant:

„Unmittelbar nach dem Torpedobehuß mußte das U-Boot
tauchen und wurde mit zahlreichen Wasserbomben belegt, die
jedoch keinen Schaden anrichteten. Etwa eine Stunde später
wurde aufgedaucht und durch das Geböhr festgehalten, daß
entwird der vorher anwesenden 6 Zerstörer jetzt 15 jebenfalls
schnell herbeigerufenen Fahrzeuge auf der Unterwasserstelle
anwesend und damit beschäftigt waren, die im Wasser Um-
hertreibenden zu retten. Viele voll beladete Rettungsboote
und Flöße trieben unfer. Am Ted der Zerstörer und ber
anderen Fahrzeuge wimmelte es von gelagelbeteten ober-
nackten Soldaten. Die Bordwände aller Fahrzeuge hingen
voll von Menschen und alles bemühte sich, die Schwimmenden
herauszuziehen. Demnach war das versenkte Schiff ein voll-
beladeter **Truppentransportdampfer**. Einzelne
Besatzungsmitglieder die Trümmerstücke durchsammelnd, das
Schiff. Wegen des schnellen Sinkens des Schiffes, der be-
wegten See und des starken Sturmes ist mit größeren
Menschenerlösen zu rechnen.“
Vermutlich war der Dampfer nach Tripolis, Albanien
der Saloniki bestimmt. Die Versenkung dieses Truppen-
transportdampfers dürfte deshalb zur Entlastung der Land-
kriegführung auf den südlichen Kriegsschauplätzen beigetragen
haben.

Die Stimmung in der französischen Kammer.

Zürich, 19. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) „Journal
des Debats“ schreibt in einem Artikel über die Friedensmög-
lichkeit, daß bis weit in die bürgerlichen Deputiertenkreise
hinein nach Abschluß der augenblicklichen Kämpfe eine ma-
joräre Friedensuntergebung in der französischen Kammer her-
beigeführt werden sollte.

Wichtige Reichstagsverhandlungen.

Fehr, von Mumm und General Groener in Berlin
Berlin, 19. Juni. Wie die „R. Z.“ hört, sind heute
unsere diplomatischen Vertreter in Kiew, Vostokter Frei-
herr von Mumm und General Groener, aus Kiew in Berlin
eingetroffen. Sie werden bei den bevorstehenden Unter-
redungen der Delegation im Reichstage anwesend sein und über
die Lage in der Ukraine Auskunft geben. Der Reichstag

wird sich am Freitag mit dem rumänischen Frieden und vor-
ausichtlich am Sonnabend mit den Ostfragen beschäftigen.

Angeblühene neue deutsche Vorbereitungen

Köln, 19. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die
„Morgen Post“ meldet, daß die Alliierten zweifellos vor-
neuen weitgehenden Absichten des Feindes sicher. Die neuen
Angriffe der Deutschen würden bereits wieder in aller Heim-
lichkeit vorbereitet.

Die Beschießung von Compiègne.

St. Gallen, 19. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Das
St. Gallener „Tagblatt“ meldet: Der große Berg von
Vignay, der Compiègne vorgelagert ist, liegt von drei Seiten
her unter schwerem Artilleriefeuer. Die Beschießung von
Compiègne dauert noch fort. Die Stadt liegt sowohl im
Feuer schwerer als auch mittlerer Kaliber.

Straffere Ernährungspolitik in Oesterreich-Ungarn.

WTB. Wien, 18. Juni. (R.-Büro.) Durch eine heute
verlautbarte Verordnung wird die Bewirtschaftung der neuen
Ernte ebenso wie im Deutschen Reich und ähnlich auch in
Angeln im Sinne einer strengen rationellen Bewirtschaftung
angeordnet. Man hat die bei den bisherigen Bestimmungen
der Satzung an das Oesterreich ohne irgend welche Vorbehalte
in das neue Entschloß eintritt und daher danach getrachtet
werden muß, möglichst rasch in den Besitz der erforderlichen
Getreidemengen zu gelangen. Die Erziehung der Ernte wird
sich in drei einheitlich aufeinander folgenden Abschnitten voll-
ziehen: In der Frühfrüh-Ausbringung, in der Aufbringung
des vorläufigen Kontingents und in der Ueberprüfung sowie
der endgültigen Erziehung aller Ueberflüsse. Für die Auf-
bringung des vorläufigen Kontingents werden die Kron-
länder in Aufbringungs-Quanten und die politischen Bezirke
in Aufbringungsprezeln eingeteilt.

Der Kampf tobt weiter.

Wachsende Erfolge?

Zürich, 19. Juni. (Preis.-Tel.) Der „Corriere della
Sera“ berichtet von der Front: Der Kampf tobt seit drei
Tagen mit ungeheurer Heftigkeit und wechselndem Erfolge.
Die Lage ist ernst.

Stifftige Gasse an der italienischen Front.

Rin, 19. Juni. (Preis.-Tel.) Die „Königliche Volks-
zeitung“ meldet aus Velle: Die italienischen Kriegsbereit-
erhalter melden, bei den österröischen Angriffen habe die
Anwendung von giftigen Gasen empfindlich gewirkt.

Ein Brief des Generals Diaz über die Lage.

Basel, 19. Juni. (Preis.-Tel.) „Agenzia Stefani“
veröffentlicht einen Brief des Oberkommandierenden über die
Lage, in dem es heißt: Auf der Gassier-Front und bei Mon-
tello erzwangt der Feind seine Infanterieangriffe während
des Tages nicht. Die Vorhänge unserer Truppen waren von
Erfolg gekrönt. Wir bekamen eine feindliche Stellung, er-
beuteten Wollschingelgewehre und nahmen einige hundert
Mann gefangen. Wichtige Aktionen entwickelten sich schlie-
lich bis Montello und längs der Piave und der Gegend
zwischen Ronzon und Fossalta, aber überall wurde der Feind
durch unsere Gegenangriffe aufgesparten. Er ließ dabei meh-
rere hundert Gefangene in unserer Hand. Die feindlichen
Versuche, den Fluß zwischen Marteraba und Convelu zu über-
schreiten, wurden mit blutigen Verlusten für den Feind ab-
gewiesen. In der unteren Piave erlangen wir durch unsere
Gegenangriffe Vorteile. Die „Entente“ aus Rom meldet,
da Deland gestern abend in die Kriegsgasse abgereist.

Zurück bis zur Eschlinie?

Zürich, 19. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Nach den
„Zürcher Neuesten Nachrichten“ wird in Italien bereits der
Rückzug der Italiener über die Eschlinie erwogen.

5000 Geschütze in Tätigkeit.

Genf, 19. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Dem „Corriere
della Sera“ wird von der Front gemeldet, daß die Zahl der
feuernden Geschütze auf 5000 geschätzt werde. In Padua und
Benedig hört man den Kanonendonner. Es ist verneint, von
einem Nachstoßen der Kampfzähigkeit zu sprechen. Der Haupt-
stoß des Feindes ist jedenfalls erst bevor.
Wente Depeschen siehe auch Seite 2.)

Clemenceaus Friedenssorgen.

Sindenburgs Schläge beginnen ihre Wirkung zu zeigen.
Bisher wurde in Frankreich unbarbarisch als Defaitist
erfolgt, wer den Mut hatte, von einer Annäherung des
Friedens auch nur in der Öffentlichkeit zu reden. Seit einer
Reihe von Tagen aber hören wir Töne, die einer Friedens-
offensive ähnlich sehen, wie ein Ei dem anderen. Nichts kann
uns ferner liegen, als die jetzige Stimmung für den großen
Umschlag anzusehen, der zum Frieden führen könnte. An
der Seine und an der Themse ist man viel zu gerieben, um
den klaren und deutlichen Anzeichen einer Friedensoffensive
zu erwidern. Aber es läßt sich doch nicht verneinen, daß die
seit dem 21. März d. J. erzielten großen deutschen Erfolge
ihre Wirkung nicht nur auf den Bestand der englisch-franzö-
sische Seere gehabt haben, sondern auch auf die Stimmung
bei dem Franzosen, der seine Gloire über alles liebt. Die
vielen nicht eingekerkerten „Birgschaften“, mit denen
Clemenceau und Lloyd George verführerisch umherwerfen,
sinnen gleichfalls nicht ohne Wirkung auf die Massen ge-
stieben sein. Der Schwindel, den die franko-britischen
Staatsmänner bisher getrieben haben, kommt allmählich,
wenn auch vorerst nur trübsinnig, als Tageslicht. Die
Verdröpfung der Wahrheit wird in der Folgezeit eine immer
härttere Wirkung mit sich bringen.

Clemenceau und Lloyd George haben in ihren letzten
Reden deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie dem eige-
nen Heere nicht mehr die Kraft zutrauen, um die
deutschen Korps aus dem Lande zu treiben und den Sieg zu
erzwingen, den man nötig hat, wenn man die phantastischen
Friedensziele erreichen will, für die man sich bisher eingelegt
hat. Beide Staatsmänner haben unumwunden zum Aus-
druck gebracht, daß ihre einzige Hoffnung noch in der Waffen-
hilfe der Entente besteht, die nach den neuesten Berner
Weldungen jetzt sogar eine Gruppe von **Souze** und **fiener**
über den großen Teich geschickt haben, aber noch keine Heeres-
macht, die der deutschen irgendwie überlegen sein könnte.
Auf die Dauer kann es auch dem dümmsten Franzosen nicht
verborgen bleiben, daß bezüglich der entscheidenden ameri-
kanischen Waffenhilfe das alte Sprichwort gilt: Gut Ding
will Weile haben! Diese Erkenntnis hat dazu bei-
getragen, daß die französischen Hauptstädte sich immer mehr
entfremdet und die süßfranzösischen Städte sich in welfameri-
kanischer Weise in kürzester Zeit bevölkert. Man verläßt
Paris nicht, weil man Vertrauen zu den weiteren Maß-
nahmen Jochs hat, sondern weil dieses Vertrauen im Schwün-
den begriffen ist. Wer in Paris noch weilt, tut es um des
Geschäftes willen oder deshalb, weil ihn finanzielle Sorgen
an das Seinehabel bannen. Die Angst hat das Gedächtnis
der Pariser gestöhrt. Heute erinnern sie sich härter denn je,
daß Belgien, Kurland und Rumänien, Serbien und Monteg-
negro völlig niedergeschlagen sind, daß aber bei diesem
Kingen die deutsche Kraft nicht verringert wurde und daß
die frühere zahlenmäßige Ueberlegenheit der Entente längst
verschunden ist.

Clemenceau, der Mann, der als sein Programm ver-
kündete, daß er nur siegen, nichts als siegen wollte,
muß sich nach parlamentarischer Weise für sein Regierungs-
schiff umsehen, wenn es nicht schiffbrüchig werden soll. Er
der sich längst um seinen Hals geredet hat, muß die Schiffers-
signale an Barthou, Briand und Painlevé abgeben: S. O. S.
Er ist wie ein Schiff auf einem Wrad auf hoher See in
höchster Not und hält Anschlag, wer ihm die immer mehr
brüdenenden Rollen der ungeheuerlichen Verantwortung tragen
heßen möchte. Gefunden hat sich bisher noch niemand. Nach
einer Reihe von Meldungen sollen Verhandlungen mit den
genannten Parlamentariern wegen eines Eintritts in die
Regierung Clemenceaus stattfinden, über deren Ergebnis
ist jedoch noch nichts bekannt geworden.

Lassen wir uns durch die von jenseits der
Schüßengraben kommenden Nachrichten nicht
einschläfern! Bleiben wir fest und tragen wir willig
die Entbehungen, die wir zu Hause bis zur Einbringung
der neuen Ernte noch werden tragen müssen, so wie er es
auch fallen mag. Ein jedes voreilige Eingehen auf
die ausgesprochenen und unausgesprochenen Gedanken und
geheimen Wünsche der Franzosen kann den Frieden nur er-
neuert verzögern. Wir haben nahezu vier Jahre auf die Ein-
sicht der Herren Franzosen warten müssen, jetzt können wir
auch noch so lange warten, bis wir die sichere Zuversicht haben
dürfen, daß ein ernstlicher und ehrlicher Friedenswille bei
den Franzosen durchgesehen werden mag. Heute ist das

Das Steuerpflichtgesetz im Hauptausschuß.

Die Dauer des Gesetzes. — Ein wichtiger Antrag Erzberger. — Wer ist der Gläubiger der Steuer; Die Sicherheit für die Steuerleistung.

Der Hauptausschuß des Reichstages setzte am Dienstag die Einleitung des Steuerpflichtgesetzes fort. Der Bericht erstattet kam auf den in der letzten Sitzung gefaßten Beschluß zurück, wonach im ersten Teile des § 1, welcher lautet: „Angehörige des Deutschen Reichs bleiben, wenn sie ihren dauernden Aufenthalt im Auslande aufheben, bis zum Schlusse des fünften Jahres nach Ablauf desjenigen Jahres, in dem der Krieg mit allen Großmächten beendet ist, der inländischen Steuerpflicht in Beziehung auf Personalsteuern unterworfen“, die Worte: „bis zum Schlusse des fünften Jahres nach Ablauf desjenigen Jahres, in dem der Krieg mit allen Großmächten beendet ist“, gestrichen worden ist.

Unterstaatssekretär Schiffer vertrat die Auffassung, daß das Reich an sich nur die Frage der Steuerpflicht für seine Steuern zu regeln habe. Es sei aber besser, wenn auch die Angelegenheit für die Bundesstaaten mit geregelt werde, ohne daß sie befürdet werden, den Schutz ihrer Interessen nach ihren Bedürfnissen auszusprechen.

Abg. Waltheim: Materieell sind wir geneigt, hier nur von Reichs wegen die Steuerpflicht für die Reichsteuern zu regeln. Den Bundesstaaten zu überlassen, Bedingungen für die Auswanderung von sich aus selbständig festzusetzen, geht nicht an. Jedenfalls müßte das Reich das Maximum der Bedingungen bestimmen.

Unterstaatssekretär Schiffer erwiderte dem Vorredner, daß dann nach Ablauf der Reichssteuerpflicht der Betroffenen auch von der preussischen Steuer frei werden würde, daß das aber ein unzulässiger Eingriff in die preussische Steuererhebung wäre. Zur Sicherung seiner Forderungen müsse jeder Staat machen können, was er wolle.

Während sich Abg. Aoste (Soz.) auf den Standpunkt Waltheims stellte, vertrat Abg. Gröber (Zentr.) die Auffassung, daß die landesrechtlichen Bestimmungen in Geltung bleiben neben der Reichsrichtigkeit dieses Gesetzes. Auch für die Zukunft müsse den Einzelstaaten die Freiheit bleiben.

Die Abg. Graf Westarp und Warmuth (Dt. Fr.) stimmten dem Abg. Gröber zu.

Abg. Waltheim (Fp.): Kein Staat geht über drei Jahre hinaus. Das Reichsgesetz soll nur für drei Jahre gelten, dann sind die Bundesstaaten wieder frei in ihre Bedürfnisse landesrechtlich zu regeln; materiell werden sie in keiner Weise beschränkt.

Ein Vertreter des Bundesrates bemerkt, daß Bestrebungen zur Vereinheitlichung der einzelstaatlichen Einkommensteuern im Gange sind. Warum will man ihnen hier Beschränkungen auferlegen, sich dem Mutter Preussens anschließen?

Abg. Jund (natl.): Die Gelegenheit ist international nicht ganz unbedenklich. Deshalb müßten die Bundesstaaten sich in Zukunft im Rahmen des Reichsgesetzes halten.

Unterstaatssekretär Schiffer: Das Reich hat wohl die Kompetenz, in die bundesstaatliche Angelegenheit eingzugreifen, aber hier liegt keine Veranlassung dazu vor.

Abg. Dr. Haas (Fp.): Ich sehe es nicht gern, wenn die Bundesstaaten Rechte abgenommen werden, aber ihre volle Souveränität ist praktisch erst wieder da, wenn das Reichsgesetz abgelaufen ist.

Die Abkündigung wurde notwendig noch ausgelegt. Die Abkündigung über die endgültige Fassung des § 1 der Vorlage wurde zurückgeschickt.

§ 2 will dem Bundesrat überlassen, zu bestimmen, welche Reichsteuern als Personalsteuern zu gelten haben, die nach § 1 auch nach der Auswanderung noch der inländischen Steuerpflicht unterliegen sollen. In gleicher Weise sollen die Einzelstaaten bestimmen können, welche bundesstaatlichen Steuern als Personalsteuern angesehen sind. Hierzu liegt ein Antrag Erzberger vor, der verlangt, daß die in Frage kommenden Verbindungen des Bundesrates dem Reichstage alsbald mitzuteilen und auf Verlangen des Reichstages aufzuheben sind.

Die Abg. Gröber (Ztr.), Waltheim (Fp.) und Dr. Jund (natl.) treten für diesen Antrag ein.

Abg. Erzberger (Ztr.): Wir sollten im Gesetz auch bestimmen, was alles zur Steuerpflicht nach diesem Gesetz gehört.

Der Generalsekretär: Die Ausweisungen sind durchaus beachtlich. Ohne eine Bestimmung im Gesetz haben wir kein Mittel, um richtige Steuererklärungen für im Ausland lebende Deutsche zu erlangen.

Abg. Waltheim (Fp.): Wenn jemand z. B. in Montevideo ein großes Einkommen etwa aus Grundbesitz erwirbt, wonach veranlagt man ihn nach diesem Gesetz zur Steuer? Das Reich muß hier ein Höchstmaß von Bedingungen gesetzlich vorschreiben.

Unterstaatssekretär Schiffer: Würden wir hier den Einzelstaaten Vorschriften machen, so wäre das ein Eingriff in die einzelstaatliche Steuerhoheit, der unzulässig wäre.

Abg. Aoste (Soz.): Das geht nicht an. Schließlich handelt es sich hier ja nur formell um Steuermaßnahmen, in Wirklichkeit wird die Auswanderung und Freizügigkeit eingeschränkt.

Abg. Gröber (Ztr.): Die landesrechtlichen Bestimmungen sollen ja neben der Reichsrichtigkeit dieses Gesetzes in Geltung bleiben.

Abg. Dr. Jund (natl.): Wir können den Bundesstaaten nur die Freiheit lassen, sich im Rahmen dieses Reichsgesetzes zu bewegen.

Unterstaatssekretär Schiffer: Warum sollen die einzelnen Bundesstaaten nicht so weit gehen dürfen, wie sie es für notwendig halten?

Abg. Graf Westarp (Konf.): Der Antrag Erzberger, daß ja noch nicht im Wortlaut vorliegt, bedeutet, daß jeder, der auswandert, 20 Prozent seines Vermögens aus Reich abgeben muß. Der Antrag ist also eine Auswanderungssteuer. Es ist sehr zweifelhaft, ob wir so weit gehen dürfen, und, je länger wir uns mit dem Gesetz beschäftigen, desto deutlicher erscheint es uns.

Der Generalsekretär: Dieser Antrag Erzberger wird zweifellos einen Eingriff in die bundesstaatliche Gesetzgebung bedeuten, weil die Bundesstaaten nach den verschiedenen Grundfragen befeuern.

Abg. Erzberger (Ztr.): Mein Antrag liegt gerade im Interesse der Auslandsdeutschen.

Abg. Keimath (natl.): Der Antrag Erzberger würde diesen gutgläubigen Auswanderern schweres Unrecht tun.

Abg. Dr. David (Soz.): Auch uns wird bei dem Gesetz schädl. zumute. Dieser Antrag Erzberger bedeutet eine qualifizierte einmalige Abgabe.

Abg. Dr. Jund (natl.) hält es für besser, die Steuerpflicht nach dem vorliegenden Gesetz auf die Reichsteuern zu beschränken.

In der Abkündigung wird § 2 mit dem erwähnten Antrag Erzberger angenommen, ebenso der im Wortlaut noch nicht genau formulierte Antrag Erzberger.

§ 3 bestimmt, daß der Gläubiger der bundesstaatlichen Steuern der Bundesrat ist, in dem der Steuerpflichtige vor Aufgabe des dauernden Aufenthaltes im Inland seinen Wohnsitz gehabt hat.

Abg. Waltheim (Fp.) fragt, wie es mit den Steuerpflichtigen verhalten solle, die einen doppelten Wohnsitz haben.

Unterstaatssekretär Schiffer: Für sie muß eine entsprechende Bestimmung in das Gesetz eingefügt werden.

Nach einem Antrage Dr. Jund (natl.) wird beschlossen, daß, wenn der Steuerpflichtige in mehreren Bundesstaaten heimathaberechtigt ist, der Bundesrat entscheiden soll, in dem er die Staatsangehörigkeit zuerst erworben hat.

§ 4 schreibt vor, daß der Steuerpflichtige vor der Aufgabe seines dauernden Aufenthaltes binnen einer Woche nach Zustellung des Bescheides für die Erfüllung der sich aus diesem Gesetz ergebenden Verpflichtungen

Sicherheit in Höhe von 20 Prozent seines Vermögens zu leisten hat. Der Paragraf wird angenommen mit einem Zusatz Dr. Jund (natl.), wonach geistliche Vertreter sowie Bevollmächtigte des Steuerpflichtigen und Lehramtsvollstrecker persönlich für die Sicherheit von dem ihrer Verwaltung unterliegenden Vermögen haften, wenn sie Vermögen in Kenntnis des Umstandes, daß es sicherheitspflichtig ist, vor der Leistung der Sicherheit ausantworten, so daß die Beirteilung von dem Steuerpflichtigen nicht erfolgen kann.

§ 5, der das der Sicherheit zugrunde liegende Vermögen nach den Vorschriften des Beschlusseurgesetzes ermitteln will, wird unbeschadet angenommen.

§ 6 überläßt dem Bundesrat den

Erlaß näherer Bestimmungen darüber, in welcher Art Sicherheit zu leisten, wie sie zu verwerten, in welcher Höhe sie zu verzinzen ist, und in welcher Reihenfolge sie für reichs- und bundesstaatliche Steuern verlastet, gültig zu werdende Zinsen sollen ausgeschüttet werden.

Abg. Waltheim (Fp.) verlangt, daß die Zinsen ebenfalls behandelt werden wie das Kapital, da ja die Sicherheit auf sich nicht ausdehnt.

Unterstaatssekretär Schiffer: Dann würde sich die Sicherheit entsprechend dem Zinsfuß ganz ungleichmäßig erhöhen. Wir müßten hier wie bei den Kautionen verfahren.

§ 6 wird angenommen, jedoch sollen die Zinsen nur auf Verlangen ausgezahlt werden.

§ 7, der für die Feststellung, Anforderungen und Annahme der Sicherheit die Vorschriften des Beschlusseurgesetzes auf dieses Gesetz überträgt, wird unbeschadet angenommen, ebenso § 8, der nähere Vorschriften enthält über die vom Steuerpflichtigen abzugebende Vermögenserklärung.

Eine Reihe weiterer Paragraphen über die

Pflichten der Steuerbehörde finden unverändert Annahme, nur wird § 13 getrichen, der bestimmte, daß durch die Einlegung eines Rechtsmittels die Verpflichtung zur Leistung der Sicherheit nicht aufgehoben wird.

In § 14 wird eingefügt, daß eine Beschlagnahme des Vermögens des Steuerpflichtigen „nur in Höhe der Sicherheit“ erfolgen darf.

§ 16 ficht die Verlegung von Pfänden und Pfandpapieren vor, wenn Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, daß der Steuerpflichtige sich der Erfüllung seiner Verpflichtungen entziehen will. Die unabhängigen Sozialisten verlangen für die Verlegung des Falles das Recht der Berufung im Verwaltungsstreitverfahren und schriftliche Mitteilung der Gründe der Verlegung. Der Antrag wird angenommen, § 16 selbst aber mit dieser Veränderung einstimmig abgelehnt, weil er praktisch auf einen Vorstoß hinauslaufen würde.

§ 20, der die Ausnahmen für steuerliche Vermögen, beson. die nach nicht 30 000 M. besizigen Auslandsdeutsche usw. vorschreibt, wird mit einigen Änderungen angenommen, die der Geltung dieser Ausnahmen eine weitere Fassung geben.

Nächste Sitzung Mittwoch.

gegen unsere Kriegführung unmöglich zu machen. Hierbei ist auf die neutralen Hoheitsgewässer perulischste Rücksicht genommen.

2. Von der schwedischen Regierung sind bereits im April Minen innerhalb ihrer Hoheitsgewässer gefunden. Von schwedischer Seite ist festgestellt, daß es sich um englische Minen handelte. Diesen Minen sind mehrere schwedische Fahrzeuge zum Opfer gefallen, wobei auch Menschenverluste zu beklagen waren.

3. Die Erklärung des englischen Gesandten, daß die Engländer keine Minen in neutralen Hoheitsgewässern gelegt hätten und daß sie bei Vorliegen der Minen auf die Handelsflagge Rücksicht genommen hätten, entspricht daher nicht den Tatsachen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Woh nicht der Fall! Heute herrscht noch Clemenceau, unterstützt von den Herrscharen der Briten, die in Paris angeblich Völkergewalt ausüben, unterstützt von Generalen, Majoratoffizieren und sonstigen farbigen Geinbel. Das Frankreich Clemenceaus steht noch unter der Fuchtel der Londoner Mandatgeber, die die Krone unbarmherzig über ein nicht willfähiges Frankreich schwingen, und die kein Bedenken tragen würden, gegen den Verbündeten dieselben Kampfmethoden der Auswegung anzuwenden, mit denen man Griechenland auf die Knie gezwungen hat und mit denen man gegenüber den Zentralmächten einst den Sieg leichten Kaufes zu erlangen hoffte. Der Friedenswille Frankreichs muß erst kräftig und klar in die Erscheinung treten und er muß erst die Formen eines Sturmwindes annehmen. Der Politiker vom Schlage Clemenceau vom Steuerruder der Regierung hinweggefegt. Solange ein Clemenceau in Paris und ein Lloyd George in London am Ruder ist, dürfen wir keine Zeit für ernstliche Friedensgedanken haben. Dem Frieden dürfen wir erst näher kommen, wenn die beiden Männer, die das Leben von Hunderttausenden von Menschen auf dem Gewissen haben, gestürzt sind. Bis dahin ist Kampf die einzige Lösung! Um das festzustellen, braucht man nicht Aufreißer zu sein und auch kein Anhänger irgendwelcher „militaristischer“ Meinungen. Auch immer ist die beste Friedensoffensive der Frieden von Hindenburg und Ludendorff ausstellen!

Die Friedenserörterungen der Pariser Presse.

Zürich, 17. Juni. Der offiziellen Kreisen nachstehende Pariser Korrespondenz der „Bailei Nachrichten“ meldet, die ausgiebige Friedensdiskussion der Pariser Presse gehe jetzt ein, daß die Behauptung von einer deutschen Friedensoffensive unrichtig ist, und geteilt zum ersten Male zu, daß die Entente niemals mit einem klaren Friedensprogramm in der Öffentlichkeit hervorgetreten ist. Der „Temps“ hat gegen den Wunsch des „Journal des Debats“ aufgegeben, die Kriegsgesetze anzukündigen. Der Auslandsredakteur des „Journal des Debats“ polemisiert gegen die Politiker, die Europa und die Welt auf dem Papier verteilen. Der Korrespondent erklärt, der Schlußakt dieser von jetzt ab nicht mehr die Friedensworte überliefen.

Erregung über die Verkürzung der Brotration in Wien.

T. Wien, 18. Juni. Die Verkürzung der Brotration hat in der gesamten Monarchie ungeheure Erregung hervorgerufen. Alle Blätter ohne Unterschied der Parteilichung nehmen scharfe Stellung gegen diese Maßnahme und fordern deren vollständige Beilegung und die Heranziehung Deutschlands und Ungarns zu augenblicklicher Hilfeleistung. Der Wiener Arbeiterrat tritt heute um 6 Uhr abends im Glanbauersheim zu einer entscheidenden Sitzung zusammen, um über die Angelegenheit der Brotverteilung zu beraten. Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratischen Partei riefte einen dringenden Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen, die Beschlüsse des Wiener Arbeiterrats abzuwarten und sich jeder Ausschreitung und Arbeitsstörung zu enthalten, und teilt gleichzeitig mit, daß der Parteivorstand beschließen habe, härtesten Protest gegen die Verkürzung der Brotration einzulegen und jede Verantwortung für die Konsequenzen dieser Maßnahme abzulehnen.

Deutsches Feuer auf Amiens.

Berlin, 18. Juni. In Flammen und in der Gegend zwischen Scarpe und Somme lebte das Artillerie-Feuer an verschiedenen Stellen auf. Feindliche Vortruppschützen unter schweren Verlusten wobei Gefangene in deutscher Hand blieben. Unsere Artillerie betämpfte mit erkanntem Erfolg die feindlichen Batterien und nahm die Beschießung des Feindes unter wirksamem Feuer. Das Munitionslager von Mondicourt slog infolge der Beschießung in die Luft. Die Bahnanlagen von Amiens erhielten schweres Feuer.

Englands Gewaltpolitik.

Haag, 17. Juni. „Standaard“ beschäftigt sich mit dem Artikel des „Standard“ über die englische Expedition nach der Murman-Küste und macht dabei folgende Ausführungen: Die Engländer sind tatsächlich Herren Nordrusslands und der Häfen an der Weissen See. Die Bahnmagen der Murmanbahn werden von englischen Dampfern unterstellt. Der gesamte Handel ist in englischer Hand. Der englische Kommandant hat sein Hauptquartier in Alexandrowitz. Mit anderen Worten, dieser Teil Nordrusslands wandelt sich in eine englische Kolonie um. Es ist kein Zweifel daran möglich, daß das Auftreten der Entente in Ostasien und an der Murmanküste die Absicht verfolgt, die über die englische Zukunft der kleinen neutralen Staaten, insbesondere von England und Nordamerika abhängig zu machen.

Hervorragende Leistungen unserer Eisenbahntuppen.

Berlin, 18. Juni. Unsere großen Erfolge in der Ukraine sind nicht zum mindesten den gewaltigen Leistungen unserer Eisenbahnen und Bauptuppen zu verdanken, die es ermöglichten, die Strecke von unserer ersten Stellung bis nach Koltow am Don, 1200 Kilometer, der 79 Tagen zurückzulegen. Die Bauptuppen haben bereits 82 Brücken wiederhergestellt. Der Bau weiterer 40 Brücken ist bis Ende dieses Monats zu erwarten.

Zurückweisung englischer Behauptungen.

Berlin, 19. Juni. (Amstich.) Nach einem Telegramm aus Stockholm hat der englische Gesandte in Stockholm über Minen im Kattegatt folgende Erklärung ausgesprochen: „Englische Minen sind im April dieses Jahres wieder Vernichtung feindlicher U-Boote im Kattegatt ausgelegt worden, aber in einer Tiefe von mindestens 55 Fuß, so daß sie für gewöhnliche Handelschiffe keine Gefahr bildeten. Andererseits ist zur Kenntnis der britischen Seefahrten gekommen, daß vom 12. bis 15. Mai ein deutscher kleiner Kreuzer, von U-Booten begleitet, östlich von Stagen operierte und offenbar Minen ausgelegt hat. Die britischen Marinebehörden wünschen ausdrücklich festzustellen, daß keine britischen Minen in schwedischen Hoheitsgewässern ausgelegt worden sind.“

Hierzu wird folgendes festgestellt: 1. Nach dem bekannt geworden war, daß die Engländer den Versuch gemacht hatten, den Kattegatt durch Minen zu sperren, haben wir uns zu entzweifelnden Gegenmaßnahmen entschlossen. Mit Durchführung dieser Maßnahmen wurde Mitte Mai begonnen, um den Engländern weitere Maßnahmen